Nummer 212 — Halle, Donnerstag, den 10. September 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 1a u. Ge. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stackmer, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichspräsident v. Hindenburg hat am Dienstag seinen Erholungsaufenthalt in Dietramszell abgebrochen, den Ort verlassen und ist über München nach Berlin zurückgekehrt.

*

Das „Berliner Tageblatt" hört von unterrichteter Seite, daß die gestrige Meldung über Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem preußischen Finanzministerium über Einleitung einer Notstandsaktion für die mittleren und unteren Beamten (Versorgung mit billigen Lebensmitteln) unrichtig ist. — Da das „B. T." sehr einseitige Interessen vertritt, wird man weitere Nachrichten erst abwarten müssen.

*

Wie das englische Auswärtige Amt mitteilt, wurden gestern die Ratifikationsurkunden zum deutsch-englischen Handelsvertrag ausgetauscht.

*

Die Deutsche Botschaft in Washington erließ eine Bekanntmachung, die darlegt, daß unter den Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli die amerikanischen Inhaber von deutschen Industriepapieren aufgefordert werden, ihre Ansprüche einzureichen und den Nachweis über ihr ununterbrochenes Eigentumsrecht vor dem 28. Dezember zu führen.

*

Die japanische Regierung hat die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland nachgesucht. Die neuen Verhandlungen beginnen am 22. September. Auch diesesmal werden sie auf japanischer Seite durch die Botschaft in Berlin geführt.

*

Dem Londoner Daily Telegraph zufolge finden in Berlin seit Tagen Besprechungen englischer Finanzvertreter mit der deutschen Großindustrie statt über englische Kredite für die deutsche Industrie. — Mit amerikanischen Krediten köderte man uns für den Dawesplan, sei jetzt aus der Sicherheits- und Völkerbundspaktfrage wieder ein Geldschacher werden? Hoffen wir, daß es wirklich nur ganz unpolitische, rein private wirtschaftliche Verhandlungen sind!

*

In Scapa Flow wurde der seinerzeit versenkte deutsche Zerstörer „V. 78" gehoben. Es ist dies das achtzehnte Schiff, dessen Hebung durchgeführt worden ist. Nunmehr sollen Hebungsarbeiten an sieben weiteren Schiffen von je 1300 Tonnen begonnen werden.

*

In Wien begann die mitteleuropäische Wirtschaftstagung, die von den Freihandelsvereinigungen aller Staaten einberufen wurde. Von deutscher Seite werden auf der Konferenz Prof. Brentano, Minister a. D. Gothein Vorträge halten.

*

Die Londoner Daily Telegraph meldet, daß die deutsche Regierung im Besitz amtlicher Mitteilungen der belgischen Regierung sei, wonach die Einführung einer 26proz. Abgabe auf die deutsche Einfuhr nach Belgien, die mehrfach zum 1. Oktober angekündigt wurde, nicht mehr in Frage kommt.

*

Der französische Unterrichtsminister de Monzie hat an die Rektoren und Schulinspektoren einen Runderlaß gerichtet, in dem er gegen antimilitaristische Propaganda beim Unterricht Stellung nimmt. — Das ist ein passendes Gegenstück zu Painlevés und Briands Gerede über demnächstige Abrüstung!

*

Die Arbeiterdelegation der englischen parlamentarischen Gruppe ist nach Sowjetrußland zur Prüfung der Handelsmöglichkeiten mit dem Sowjetbund abgereist.

*

Auf dem in Scarborough tagenden englischen Gewerkschaftskongreß kam es zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den radikalen und gemäßigten Elementen, so daß die Aussprache vertagt werden mußte. Einstweilen sind also die Kommunisten noch nicht Sieger.

*

Die Zahl der Arbeitslosen betrug in England am 31. August 1 354 100 und zeigt damit im Vergleich zur vergangenen Woche eine Erhöhung um 10 362.

*

In Portugal ist es zu neuen syndikalistischen Unruhen gekommen, in Oporto meuterte ein Teil der Kriegsschiffe. In Coubre besetzten die Truppen das Rathaus und entwaffneten die Syndikalisten. Man führt die Unruhen auf kommunistische Propaganda zurück.

*

General Primo de Rivera, der sich an Bord des spanischen Schlachtschiffes „Alfons XIII." befindet, hat gestern folgenden Funkspruch an den König und an die Regierung gerichtet: „Heute mittag sind die Truppen in der Bucht von Cebadilla gelandet. Um 12 Uhr 30 Min. haben sie nach kurzer Artillerievorbereitung und ohne auf Widerstand zu stoßen Stellung bezogen auf der Halbinsel Morronueve (Alhucemas)." — Man weiß wirklich nicht mehr, wie es eigentlich in Marokko steht. Aber daß Abd el Krim plötzlich keinen Widerstand leistet, ist verdächtig. Ob er die Spanier lieber gleich an gros ins Meer werfen will?

Sie wetten 5:1 statt 1:3
für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Es ist großartig, wie die Menschheit, darunter besonders die deutschen „Unmenschen, Hunne und Barbaren", von Genf aus wieder einmal an der Nase herumgeführt werden soll.

Ausschußwahl.

Erstens wählte man in Genf gestern feierlich die Vizepräsidenten und Ausschußvorsitzenden — (gemeint ist, die Vorsitzenden der Ausschüsse, nicht etwa, daß die Vorsitzenden „Ausschuß" wären, wie könnte man so etwas denken vom hohen, heiligen Völkerbund!). Erwähnt sei unter ihnen nur der Vorsitzende des Rüstungsausschusses, Herr Nintschitsch, Außenminister Jugoslawiens (also Serbiens), der ganz gewiß die Ueberparteilichkeit, Entwaffnungsbegier und Deutschensympathie in Person ist — und wenn er nicht eben der Vasall Frankreichs und giftige Deutschenhasser wäre. Die Rüstungsfrage oder Abrüstungsfrage ist also in besten Händen!

Unsere Aufnahme zeigt die bedeutendsten Vertreter europäischer Staaten auf der diesjährigen sechsten Völkerbundstagung in Genf. Von links nach rechts: Briand (Frankreich), Chamberlain (England), Scialoja (Italien), Benesch (Tschechoslowakei), Painleve (Frankreich).

Pressebankett und Bankettpresse.

Zweitens hat man ein Pressebankett „zu Ehren Painlevés und Chamberlains" gehalten (man beachte die Reihenfolge der beiden Namen) auf dem sich die Großen „volles Vertrauen zur gegenseitigen Loyalität" aussprachen, und der Herr englische Außenminister Chamberlain erklärte salbungsvoll, „daß in der letzten Zeit die Vorarbeiten in London, Paris, Brüssel, Rom und Berlin zur Aufrichtung eines großen Friedenswerkes größere Fortschritte gemacht haben, als er noch vor kurzem zu hoffen wagte," was „mit größter Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall", also ganz programmäßig aufgenommen wurde.

Während dann Painlevé, Briand und Chamberlain dem englischen Ministerpräsidenten Baldwin im französischen Badeort Aix les Bains einen Besuch machten, über den man nichts Näheres erfährt, haben die Zeitungsmänner in London und Paris sich daran gesetzt, fleißig Stimmung für „das große Friedenswerk" zu machen:

Der Pariser „Temps" veröffentlicht eine bisher nicht widersprochene Nachricht, wonach sich die Außenminister in Genf auf den französischen Paktvorschlag geeinigt haben, jedoch unter Fortfall der Vorbehalte für die Ostfragen. Der Pariser „Figaro" bringt eine ähnliche Meldung, wonach der französische Paktvorschlag auf der Konferenz mit Stresemann in erster Linie zur Aussprache gebracht werden soll.

Die englische Presse ist wesentlich überschwenglicher. Sie kann sich gar nicht genug tun in Versicherungen, was Deutschland für ein braves Tier sei, und welches Heil es der Welt bescheere, wenn es endlich in den Völkerbund ginge. Davon, wozu England uns brauchen will und wie dringend es uns braucht (gegen Rußland und als Puffer gegen Frankreich), davon redeten die Englishmen nicht, es ist „alles nur Liebe"!

Die Londoner „Morningpost" meldet: Der englische Botschafter kehrt am Sonnabend nach Berlin zurück. Er überbringt der deutschen Regierung bestimmte Anfragen, die die laufenden Beziehungen zwischen England und Deutschland betreffen. — Also man sieht, es wird weder mit Pressebeweihräucherung noch mit persönlicher Bearbeitung der guten Deutschen gespart.

Sie wetten 5:1.

Fast scheint es, daß die Gasnebel der englischen Presse vorerst auf die eignen Linien zurückgeschlagen waren. Denn der holländische „Courant" meldet:

Ueberraschenderweise siegen bei Lloyd in London die Wetten für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bis 31. Oktober von 1:3 auf 5:1.

Vielleicht ist aber auch dieses Wettergebnis nur ein Manöver der englischen Regierung. Denn weiß man, wer die Wetten eingeht und bezahlt? Auf ein paar tausend Pfd. Strlg. kommt es bei so ungeheuer wichtigen Sachen dem englischen Auswärtigen Amt nicht an. Wenn nur Deutschland so in Nebel gehüllt wird, daß es schließlich glaubt, gar nicht anders antworten zu können, als die Braut in der Kirche: mit einem schüchternen, gerührten „Ja".

Die „Kleinen" sind unzufrieden.

Während die „Großen" in holdester Eintracht leben — wenigstens tun sie so — sind die „Kleinen" sehr nervös. Sie halten alle nur möglichen Konferenzen ab, besonders die Polen sind schwer in Not, und wollen von Frankreich unbedingt „feste Zusagen" haben. Wie verlautet, hat der in Genf weilende polnische Außenminister auch „beruhigende Erklärungen" erhalten.

Störend machen sich im Nebenzimmer des Völkerbundes besonders die Türken bemerkbar, die mit geradezu lästiger Beharrlichkeit die Selbstlosigkeit und die Segnungen des Völkerbundes verkennen. Sie haben jetzt den Antrag gestellt, über die Zugehörigkeit des Mossulgebiets eine Volksabstimmung abzuhalten und gleichzeitig hat daheim, „hinten weit in der Türkei" laut Meldung der „Daily Mail" die türkische Nationalversammlung einstimmig die Vorlage angenommen, wonach die türkischen Gesetze auf das (noch von England besetzte) Mossulgebiet am 1. Oktober ausgedehnt werden. „Daily Mail" nennt diesen Beschluß eine Herausforderung Englands.

Die ungarische Presse äußert große Entrüstung über die Entscheidung des Völkerbundes, durch die 2300 ungarische Kolonisten in Siebenbürgen ihres je 2—3 Joch umfassenden Besitzes gegen eine Entschädigung von 300 Kronen verlustig gehen. „Vor dem Völkerbund", schreibt der „Pester Lloyd", „kann die beschwerdeführende Partei überhaupt nicht zu Worte kommen."

Auch die Saarländer haben Beschwerden beim Völkerbund eingereicht und besonders die Deutschen Polens, die in einer dringlichen Denkschrift ausführen, daß die Deutschen infolge der polnischen Agrarreform um ¾ ihres Besitzstandes gebracht und daß nun auch die letzten Reste — 300 000 Deutsche — in ihrer Existenz bedroht seien. — Aber wie schrieb doch der „Pester Lloyd" so richtig? „Vor dem Völkerbund kann die beschwerdeführende Partei überhaupt nicht zu Wort kommen".

Coolidge für eine zweite Abrüstungskonferenz.

Nach einer Meldung aus New York wird Präsident Coolidge eine zweite Abrüstungskonferenz einberufen, sobald die Umstände es gestatten. Der Präsident widerlegt sich nicht der von Painlevé ausgesprochenen Ansicht, daß die Anregung dazu vom Völkerbunde ausgehen solle. — Hoffen wir nur, daß der Völkerbund nicht Umstände macht, sondern mit der Abrüstung recht bald in Umstände kommt! — Es wäre seit Versailles das erste Kind des Völkerbundes mit der Entente, das wir freudigen Herzens aus der Taufe höben!

Schließlich sei bemerkt, daß Italien sich sehr zurückhaltend benimmt und daß sich der juristische Sachverständige Ministerialdirektor Gaus in Begleitung des Staatssekretärs v. Schubert gestern nach Nordernen begeben hat, um dort dem Reichsaußenminister Stresemann über das Ergebnis der Londoner Besprechungen der juristischen Sachverständigen Bericht zu erstatten.

Hoffen wir, daß die frische Seereise alle Londoner Benebelungsversuche vereitelt und daß der mit 5:1 gewettete englische Favorit im Völkerbundsrennen, nämlich Deutschland, vor dem Hindernis des Artikel 16 ausbricht.

Fort mit der „Demokratie"!

Die Bedeutung der Kreis- und Provinzialwahlen.

S. Wozu wählen wir? Um die unechte falsche, fremde Demokratie zu überwinden durch die echte, natürliche, deutsche Demokratie. Das Wort „Demokratie" hat in Deutschland keinen guten Klang. Wir denken dabei immer an die unechte, berliner Asphaltdemokratie. Machen wir uns aber einmal von dem üblen Geruch dieser Vokabel frei und suchen wir die Sache.

Ich las einmal das Buch eines klugen Schweizers, betitelt „Deutsche Demokratie". Er sagte: „Für uns Schweizer ist

Parlamentarismus und Demokratie

nicht dasselbe, sondern gegensätzlich. Demokratie ist unsere uralte Selbstverwaltung, welche nichts anderes ist, als die lebendige Fortsetzung der alten deutschen Gemeinfreiheit und Urverfassung. Parlamentarismus dagegen ist die Zentralisation der Staatsverfassung unter einer unverantwortlichen und souveränen Versammlung, welche sich souveräne Volksvertretung nennt, die zusammengesetzt ist aus einigen wenigen bedeutenden Leuten, zumeist aber aus einer Masse von Schwätzern und Parteigängern besteht, die sonst im bürgerlichen Leben nichts bedeuten. Diese Versammlung wird um so tyrannischer, je weniger sie die Geschäfte übersieht. Die Folge ist ein ständig wachsender Wasserkopf von Bürokratie. Immer neue Gesetze werden gemacht und das Geld des Volkes wird mit vollen Händen vergeudet. Das ist der Parlamentarismus, den wir ablehnen, weil wir die echte Demokratie kennen.

In Deutschland ist die alte freiheitliche, sagen wir einmal demokratische, überaus mannigfaltig geartete großartige Selbstverwaltung, die wir im 13., 14., 15., 16. Jahrhundert hatten durch die Not des 30jährigen Krieges zerstört worden. So verschwand die alte deutsche Urverfassung, und an die Stelle trat als eine Geburt der Not und der Erschöpfung das absolute Fürstentum. Aber das 19. Jahrhundert hatte aus dem alten Geist der Freiheit des deutschen Volkes heraus

die kommunale, provinzielle und staatliche Selbstverwaltung

wieder aufgebaut. Sie ist heute in schwerer Gefahr, korrumpiert und zerstört zu werden durch das, was der Schweizer „Parlamentarismus" nennt, das ist durch die unechte Wasserkopf-Demokratie in Berlin. In der monarchischen Verfassung Deutschlands hatte die echte gesunde Demokratie Raum sich zu entfalten. In der deutschen Republik ist sie in Gefahr, erstickt oder verdorben zu werden, von demselben Geist, der schon das Wort Demokratie mißbraucht und verdorben hat, so daß man es in Deutschland kaum noch brauchen kann, ohne mißverstanden zu werden.

Die echte Demokratie bedeutet Deszentralisation und möglichst viel Selbstverwaltung in Gemeinden, Städten, Provinzen. Sie verwaltet durch ehrenamtliche Tätigkeit. Sie zieht die Männer heraus, welche, wie der Schweizer sagt, „die wägsten und besten sind." Das sind nicht die Schwätzer und Aemterjäger. Es ist mehr eine Auswahl nach dem Charakter als nach der Gelenkigkeit von Zunge und Rückgrat. Auf der deszentralisierten Selbstverwaltung erhebt sich

der stufenweise Bau der echten Demokratie

in drei oder mehr Stockwerken. Zu unterst Gemeindeverwaltung — Auslese erprobter Männer, dann die Kreisverwaltung — abermals Auslese erprobter Männer, — hieraus die Provinzverwaltung, — abermals Auslese erprobter Männer, — hieraus die Staatsverwaltung, — und schließlich ist eine Auslese von Männern gefunden, welche imstande sind, ein riesengroßes Reich zu übersehen und zu regieren.

Wir Deutschen haben dagegen das „Gnadengeschenk einer demokratischen Republik" erhalten, in welcher die allmächtig regierende Körperschaft zusammengesetzt wird, wie folgt: Es wird in einem chaotisch breiten Wahlgang, wie er noch niemals da war, eine Schar von 500 Männern namhaft gemacht, welche von der Straße aus sozusagen mit Minenwerfer nach Berlin in die vergoldete Reichsblechhalle geschossen werden, um in den Sesseln der M. d. R. Platz zu nehmen. Sie werden dadurch Souveräne mit unumschränkter Gewalt über Leib und Leben des deutschen Volkes. Das ist

die von oben gebaute Demokratie.

Sie gleicht einem schweren steinernen Dache, welches auf Lehmmauern ruht. Das Dach wird um so schwerer, da es zugleich aus einer riesenhaften Bürokratie besteht. Die zentralisierte parlamentarische Demokratie schafft, weil sie unfähig ist, einen riesigen bürokratischen Wasserkopf, der durch immer neue Gesetze vergrößert wird. Armes Volk, das dieses unförmige Staatswesen zu tragen hat.

Das schlimmste aber ist, daß diese parlamentarische Demokratie, — scheinbar die freieste Form — zur Scheindemokratie wird. Die alten Griechen wußten es schon: die Herrschaft des großen Haufens verwandelt sich schnellstens in eine Plutokratie, das ist eine geheime, verantwortungslose, unkontrollierbare Herrschaft des Geldes. Also Geldherrschaft — Pest

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250910012/fragment/page=0001

Volksherrschaft. Wir könnten es auch Bankokratie nennen, — oder auch Kleptokratie (Kleptstein heißt auf deutsch — stehlen); denn es entsteht sofort hinter dem unfähigen Parlamentarismus eine riesige Korruption. Dieses brauchen wir ja jetzt nicht mehr aus Büchern zu lernen; — wir erleben es: massenhaft große und kleine Barmate.

Diese unechte Demokratie von oben hat nun auch die unteren Stufen der echten Demokratie korrumpiert. Unsere Stadtverwaltungen und Kreisverwaltungen haben es gelernt, aus dem großen Reichsfuttertrog zu fressen und sind gewohnt, das Geld des Volkes mit vollen Händen zu vergeuden.

Wie kann das wieder anders werden?

Es kann nur wieder anders werden dadurch, daß wir an die Stelle der falschen, zentralisierten Demokratie mit dem ungeheuren Beamtenkörper — wieder die echte, ehrenamtliche, sparsame, dezentralisierte Form der Selbstverwaltung setzen und den ungeheuren Behördenapparat verkleinern. Viele unter unseren Freunden sind gegenwärtig geneigt, den kommunalen Verwaltungen noch viel weniger zu trauen, als der staatlichen. Sie wollen die Staatsaufsicht verstärken; aber sie verwechseln die Folge mit der Ursache. Die Reinigung wird von unten nach oben gehen müssen. Auch die Zersetzung des alten Beamtenkörpers durch untüchtige Außenseiter kommt ja von oben.

Also zurück zur alten Selbstverwaltung. Zurück zur Dezentralisation. Zurück zur ehrenamtlichen Verwaltung. Weg mit dem sozialreaktionären Parlamentarismus. Weg mit dem bürokratischen Wasserkopf. Gegen die unechte Berliner Asphaltdemokratie. Gegen die Korruptionsdemokratie. Gegen die Plutokratie, diese unkontrollierbare und schlimmste aller Tyranneien. Gegen die Demokratie der großstädtischen Straße, welche im Reich regiert.

Für die Wiederherstellung der echten uralten deutschen Demokratie oder Selbstverwaltung, welche allein die parlamentarische Scheindemokratie zu überwinden vermag.

Aber bitte keine Verwechselung mit dem, was sich heute parteimäßig „deutsch-demokratisch" nennt. Denn das ist weiter nichts als der Vorhang, hinter welchem die Plutokratie und die Korruption ihr eigentliches Stück spielen, während sie dem armen deutschen Volke einen republikanischen Film drehen.

Dieses ist die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen. Selbstverteidigung des Volkes durch Selbstverwaltung.

Zeichen und Wunder.

Braun gegen Regierungskrisen in Preußen.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtags erklärte der Ministerpräsident Braun zu der in der Debatte mehrfach erwähnte Frage einer Regierungsumbildung, daß nach seiner Auffassung und der der Regierung kein Bedürfnis nach einer Umbildung der Regierung, sondern nur ein Bedürfnis nach ruhiger, stetiger Regierungsarbeit bestehe.

Die heutige Regierung sei ordnungsgemäß zustande gekommen und habe vom Landtag das Vertrauen votiert erhalten. Ihm sei über die immer wieder auftauchenden Umbildungspläne und Krisengerüchte nichts bekannt, und es erübrige sich deshalb eine Stellungnahme dazu.

Seine Bemühungen, die Regierung auf eine weitere parlamentarische Basis zu stellen, würden hoffentlich in den nächsten Monaten von Erfolg begünstigt sein. Er werde alles daransetzen, die ungestörte Weiterarbeit des Regierungsapparates zu ermöglichen, werde sich aber auf keinen Fall dazu hergeben, zuzulassen, daß dem Lande neue Regierungskrisen beschert würden.

Man kann nur staunen. Gerade die Sozialdemokraten Severing und Braun waren es, die soeben erst mit Landtagsauflösung drohten. Und nun wissen sie von nichts und werden sich „auf keinen Fall dazu hergeben, zuzulassen, daß dem Lande neue Regierungskrisen beschert werden."

Woher kommt plötzlich der andere Wind? Sollte den Herren von der sozialistischen Amtsaristokratie etwa bange geworden sein vor den kommunistischen Anstrengungen, ihnen ihre gesamte Klassenkampfersche Wählerschaft wegzunehmen, so daß nur die mittlerweile unrevolutionär gewordenen Teile der Partei und die sozialistischen Staatsbeamten bei der Stange bleiben? Wir deuteten gestern im Leitartikel an, daß sich angesichts des kommunistischen Vorstoßes beinahe so etwas wie ein Anlehnungsbedürfnis der Sozialdemokraten an die Rechte herausbilden könnte. Ist die plötzliche Gedächtnisschwäche des Herrn Braun etwa schon der Anlauf dazu? Das könnte ja sehr interessante Entwicklungen zeitigen. — Sollte übrigens die plötzliche Hinausschiebung der Kreis- und Provinziallandtagswahlen vom 25. Oktober auf den 22. November sich etwa aus einer kleinen Schwäche der Herren Braun-Severing zu erklären sein?

Große Verwaltungsreform in Preußen.

Dem Ausschuß des Preußischen Landtags für die Städteordnung legte am Dienstag der Minister des Innern, Severing, eine Denkschrift über die geplante Verwaltungsreform vor, in der zunächst betont wird, daß im Verhältnis vom Reich zu den Ländern zur

Verringerung von Doppelarbeiten

eine klare Scheidung der Zuständigkeiten anzustreben sei. Im Verhältnis vom Staat zur Selbstverwaltung sei ebenfalls zunächst auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ist, wie die Denkschrift betont, diese Regelung in den letzten Jahren bereits getroffen, sie ist aber auszudehnen auf alle Gebiete, auf denen heute noch Staat und Selbstverwaltung sich mit denselben Aufgaben beschäftigen, insbesondere sind das die Gebiete der Schulunterhaltung und der Meliorationen. Voraussetzung dazu ist ein wirklich leistungsfähiger Selbstverwaltungskörper. Deswegen ist bis zur endgültigen Regelung des Finanzausgleiches eine ausreichende Finanzierung der Selbstverwaltungskörper anzustreben, die aber auch, um leistungsfähig zu sein, eine gewisse Größe haben müssen. In Aussicht gestellt wird

die Zusammenlegung kleiner Kreise.

Innerhalb der Selbstverwaltungskörper soll im Wege des Lastenausgleichs der Kräftigere den Schwächeren unterstützen. In der Organisation der Staatsverwaltung soll grundsätzlich die Entscheidung in die örtliche Instanz verlegt werden, wodurch auch der

Bureaubetrieb verringert

werden würde. Der Staat hat sich den Einfluß auf die Besetzung der Landratsstellen zu sichern. Von einer grundsätzlichen Kommunalisierung der technischen Lokalbeamten wird abzusehen sein. Die Kommunalaufsicht über die kleinen kreisangehörigen Städte, mindestens bis zur Größe von fünfzigtausend Einwohnern, ist auf den Landrat und den Kreisausschuß zu übertragen. Auch in Stadtkreisen wird die Abgabe von Geschäften der staatlichen Mittelinstanzen an die Gemeindebehörden durchzuführen sein.

Die staatlichen Verwaltungszweige der Provinz mit Ausnahme der Justiz- und Bergverwaltung sind unter einem Oberpräsidenten zusammenzufassen. Bei besonderen politischen oder geographischen Verhältnissen können Bezirksregierungen als örtliche Verwaltungsstellen neben dem Oberpräsidenten bestehen bleiben. Neben dem Oberpräsidenten tritt ein Provinzialverwaltungsgericht, an welches sich die Disziplinarkammer angliedert. Die besondere Beschlußbehörde:

Bezirksausschuß, Provinzialrat, wird abgeschafft

und in die Provinzialregierung eingebaut. In der Zentralinstanz wird nach Durchführung der angegebenen Maßnahmen auch eine

Verringerung der Zahl der Ministerien

möglich sein. Eine Verringerung der Mitgliederzahl des Landtags und des Staatsrats bleibt ebenfalls anzustreben.

Das ganze Reformwerk würde danach bestehen aus erstens Stadt- und Landgemeindeordnung mit folgenden Hauptgesichtspunkten: Einfache Organisation, Regelung der nachbarlichen Verhältnisse, Beschränkung der Staatsaufsicht in materieller Beziehung, Uebertragung der Kommunalaufsicht über Städte bis zehntausend oder fünftausend Einwohner auf den Landrat und den Kreisausschuß.

Zweitens: Kreisordnung mit folgenden Hauptgesichtspunkten: Ermöglichung der Dezentralisation innerhalb des Kreises, Regelung des Verhältnisses von kreis- und kreisangehörigen Gemeinden.

Drittens: Provinzialordnung mit folgenden Hauptgesichtspunkten: Regelung des Verhältnisses zwischen Provinz und Kreisen, Vermeidung eines überflüssigen Verwaltungsaufbaues der Provinzialverwaltung.

Viertens: Landesverwaltungsgesetz mit folgenden Hauptgesichtspunkten: Regelung des Verhältnisses der selbständig bleibenden Lokalbehörden zueinander, Betonung des Grundsatzes, daß die Lokalinstanz im Zweifel entscheidet, Zusammenfassung der Mittelinstanz unter dem Oberpräsidenten, Einbau der Beschlußbehörde in die Provinzialregierung.

Fünftens: Verwaltungsgerichtsordnung mit Organisation der Verwaltungsgerichte: Kreisausschuß, Stadtverwaltungsgericht, Provinzialverwaltungsgericht, Oberverwaltungsgericht, ferner Erweiterung des Verwaltungsrechtsschutzes.

Sechstens: Schulunterhaltungsgesetz mit Uebertragung der Schulunterhaltung auf die Stadt- und Landkreise unter Ueberweisung entsprechender Generaldotationen. Unberührt bleibt die ausschließliche Befugnis des Staates zur Regelung der inneren Schulangelegenheiten.

Siebentens: Dienststrafordnung mit Angliederung der Disziplinarkammern an die Provinzialverwaltungsgerichte, gleiches Verfahrensrecht für mittelbare und unmittelbare Staatsbeamte.

Achtens: Finanzausgleichgesetz mit Berücksichtigung der Neuregelung der Schul- und Wegelasten.

Neuntens: Mantelgesetz, in welchem die für eine Dezentralisation und Dekonzentration nötigen Novellen enthalten sind, und Aenderung der Kreisgrenzen. Dieses Mantelgesetz würde das bisherige Zuständigkeitsgesetz ersetzen.

Zehntens: Gesetz über eine Herabminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten und der Mitglieder des Staatsrats.

An diese Denkschrift knüpfte sich eine längere Aussprache im Städteordnungsausschuß, in der auch die Frage erörtert wurde, ob mit Rücksicht auf die von der Regierung in Aussicht gestellte große Verwaltungsreform eine Weiterberatung der Zentrumsanträge über die Stadt- und Landgemeindeordnung im Ausschuß erfolgen solle. Schließlich wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten beschlossen, die Beratung fortzusetzen.

*

Man wird erst noch nähere Einzelheiten des Reformplanes abwarten müssen. Schon jetzt aber sei bemerkt, daß der Zeitpunkt für eine so tiefgreifende Reform merkwürdig gewählt ist. Wozu jetzt so große Aenderungen in Angriff nehmen, wo die Wirtschaftslage und die Außenpolitik die Anspannung aller Kräfte erfordert? Eine Beschränkung auf wirkliche Sparreformen wäre zeitgemäßer gewesen.

Deutschen-Verfolgung in Oberschlesien.

Das B. T. meldet aus Breslau, daß die Drangsalierungen, denen die Deutschen in Ostoberschlesien neuerdings wieder ausgesetzt sind, auf ein systematisches Vorgehen der Polen gegen alles, was deutsch ist, zurückzuführen sind. Täglich laufen Meldungen über Bandenüberfälle auf deutsche Ansiedlungen, Mißhandlungen deutschsprechender Einwohner und Demonstrationen gegen die in Ostoberschlesien verbliebenen Deutschen ein.

Auch die Behörden beteiligen sich an diesen Drangsalierungen. So forderte der Bürgermeister von Königshütte, Dombek, zum Boykott aller deutschen Waren und Fabrikate auf. Die Entlassungen deutscher Arbeiter und Beamten nehmen unaufhaltsam ihren Fortgang.

Am 6. September, an welchem Tage in ganz Oberschlesien polnische Demonstrationen gegen die Lostrennung Ostoberschlesiens von Polen veranstaltet wurden, wurde die deutschgesinnte Bevölkerung gezwungen, an den Umzügen teilzunehmen. Die Umzüge wurden photographiert und die Aufnahmen an ausländische Zeitungen gesandt.

*

Nach einer Meldung aus Warschau berichten die dortigen Blätter, daß 1020 deutsche Optanten die Ausweisungsbefehle zum 1. November erhalten haben.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland standen vor etwa acht Tagen auf einem Standpunkt, daß die deutsche Delegation an eine Abreise dachte; inzwischen sind aber die Verhandlungen doch wieder in Gang gekommen, wenn sie auch zunächst wegen der Feiern in Leningrad, bei denen die russischen Delegierten anwesend sein sollen, für einige Tage unterbrochen sind. Davon kann nicht gesprochen werden, daß diese Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluß ständen, wie sie überhaupt nicht mit einem zu großen Optimismus betrachtet werden dürfen.

Sowjetrussische Mißerfolge in China?

Die Londoner Morningpost meldet die Erledigung des englischen Konflikts mit Kanton. Admiral Sinclair hat die Annahme seiner Forderungen durch die neue Regierung von Kanton angezeigt.

Auch in Mukden wurde die Sowjetregierung inzwischen durch die Truppen des Mandschugenerals Tschangtsolin gestürzt.

Die Chinakonferenz gesichert.

Aus Peking wird gemeldet: Alle Mächte, die das Washingtoner Abkommen unterzeichnet haben, haben nunmehr ihre Bereitwilligkeit erklärt, an der auf Einladung Chinas am 26. Oktober in Peking zusammentretenden Tarifkonferenz teilzunehmen.

Energische Maßnahmen gegen die englischen Kommunisten.

Die Londoner „Daily Mail" meldet: Es wurde beschlossen, eine sofortige Aktion gegen die Kommunisten zu unternehmen, die für die Propaganda unter den Truppen in Aldershot verantwortlich sind. Das Innenministerium hat die Genehmigung erteilt, alle die Kommunisten, die an den „Verschwörungen zur Beeinflussung der Truppen" teilgenommen haben, zu verhaften. Während der allerletzten Tage hat die Polizei und das Innenministerium eine beträchtliche Menge neuen Beweismaterials erhalten, aus dem hervorgeht, daß riesige Anstrengungen unternommen werden sollten, Propaganda überall dort zu treiben, wo Truppen stationiert sind. Es wurde beschlossen, sofort gegen die Hauptmitglieder der der kommunistisch gefärbten sogenannten nationalen Minderheitsbewegung insbesondere Tom Mann und das kommunistische Parlamentsmitglied Saklat Vela vorzugehen.

Die heilige Johanna
von Bernard Shaw.

Erstaufführung im Stadttheater Halle.

Die größte Stärke des irischen Dichters Bernard Shaw ist nicht das aufbauende Lösen von Problemen, sondern ihre kritische Zersetzung. Beißende Ironie und bitterer Sarkasmus sind seine Mittel. Mag sein, daß seine frühere politische Betätigung ihn auf diesen Weg geführt hat, mit dem er sich allerdings die Bretter der ganzen Welt eroberte. Die Menschen haben es eben gern, daß ihnen ihr Spiegelbild auf der Bühne wahrheitsgetreu gezeigt wird. Sie sonnen sich im Gefühl, daß ihr eigener innerer Schweinehund nicht so schlecht ist wie der vom Dichter gezeichnete. Shaw hat diese Schwäche erkannt und darauf seine Bühnenerfolge geschickt aufgebaut, in Werken, die ihn zu einem der bedeutendsten Dramatiker der Gegenwart machen.

Seine „Heilige Johanna" sollte eigentlich aus diesem Rahmen nicht herausfallen. Die Heiligsprechung der Jungfrau von Orleans im Jahre 1920 war ihm der willkommene Anlaß, sich mit den kirchlichen und politischen Problemen der Vergangenheit und Gegenwart auseinanderzusetzen. Er wählte dazu dasselbe Thema, das Schiller zu einer Hymne auf Heimat- und Vaterlandsliebe, Gottesfurcht und Kirchentreue gestaltete. Shaws Werk wird vergehen, mag es heute auch die ganze zivilisierte Welt begeistern, Schillers Schauspiel wird bestehen. Denn Schillers Idealismus schuf Helden, Shaws Realismus zeigte elende Menschen mit allen menschlichen Schwächen. Schillers „Jungfrau von Orlans" ist ein dramatischer Heldengesang, Shaws „Heilige Johanna" eine einfache historische Darstellung, bar jeden idealen Schwunges, eine Wiedergabe menschlicher Schicksale, voll von krasser Schilderung menschlicher Eigensucht. Jenes Werk packt, dieses ernüchtert.

Und trotzdem: Shaws Werk wuchs, ohne daß er's zuerst selbst gewollt hat, hinaus über die Tendenz, Schwächen der katholischen Kirche und des Monarchismus in Zeiten sittlichen Niederganges um Menschliches, Allzumenschliches bloßzustellen. Erst der Epilog, das letzte der sieben Bilder, enthüllt voll diese Absicht des Dichters. Fehlte er, dem Werke würde nach deutscher, mehr gefühlsmäßiger Kunstauffassung kein Schaden zugefügt werden. Der geschichtliche Stoff ließ Shaw in der „Heiligen Johanna" über den bloßen Bereinner hinauswachsen, so daß sie seit Jahresfrist die deutschen Bühnen beherrschen kann.

Eine Wiedergabe des Inhalts können wir uns ersparen; einmal ist die Legende jedermann bekannt, zum anderen hat P. Thiersch vor wenigen Tagen an dieser Stelle bei seinen Betrachtungen über die Grundsätze seiner Inszenierung das Wesentlichste kurz wiedergegeben.

Die Erstaufführung in Halle am Dienstag ist vielleicht ein Wendepunkt in der Geschichte der „Heiligen Johanna" auf deutschen Bühnen infolge der Interpretierung, die Intendant Dietrich im Verein mit Paul Thiersch ihr zuteil werden ließ. Sie sind nicht die Wege gegangen, die der Dichter dem Texte beigefügt hat, als Notbehelf für diejenigen, die solche Anhaltspunkte für das Verständnis des Werkes brauchen. Den Shawschen Realismus haben sie idealisiert, so daß die menschlichen Schwächen, die der Dichter geißeln will, vielfach als tragische Konflikte erscheinen. Beide bewiesen jene schöpferische Kraft, die allein ein Bühnenwerk zum Erfolg führen kann, die allein unsere Schauspielkunst lebensfähig erhält: Dietrich durch eine geschickte durchgreifende Spielleitung, durch ein gewisses betontes Pathos, das einem beim Lesen des Stückes wahrhaftig nicht sinnfällig wird, und durch das Hineinarbeiten einer dramatischen Steigerung, Thiersch, der ihm auf diesem Wege folgte, durch Bühnenbilder, die von den Anweisungen des Dichters eigentlich nichts befolgen. Mit Erfolg? Ja, mit vollem Erfolg.

In den ersten beiden Szenen starkes Hervorkehren des Allzumenschlichen bei den Personen, höchste Einfachheit des Bühnenbildes, kurze Skizzierung und scharfe Stilisierung des gedanklichen Rahmens, verhältnismäßig geringe Ausnutzung der Lichteffekte! Mancher fühlte sich durch diese beiden Bühnenbilder nicht befriedigt. Vom Gesichtspunkt einer dramatischen Steigerung der Handlung aus gesehen, durften sie eigentlich nicht anders sein. So erst wurde die tiefe Wirkung der nächsten Szenen mit ihrer teilweise verschwenderischen Farbenpracht, der Verstärkung in Wort und Mimik und den volleren, wahrhaft künstlerischen Bühnenbildern erzielt. Auf die schöpferische Mitarbeit Beider dürfte zum Wesentlichen der gewaltige, tiefe Eindruck zurückzuführen sein, den das Werk am Dienstag abend hinterließ.

Daß das Zusammenspiel nichts zu wünschen übrig ließ, braucht eigentlich nicht betont zu werden. Die Einzelleistungen: viel Gelegenheit, die dramatische Kunst sternengleich blitzen zu lassen, gibt der Dichter nicht. Selbst nicht in der Hauptrolle, die Berthel Grether übernommen hatte. Alles Heldenhafte fehlt. Und trotzdem gelang es ihr, das einfache Landmädchen, die von religiöser Ekstase erfüllte Kämpferin, das vor dem Gericht zusammenbrechende und wiederaufbegehrende, tiefinnerlich empfindende Weib glänzend wiederzugeben, besonders glücklich in den Augenblicken, wo aus dem Naturkinde mit dem natürlich-weiblichen, naiven Wesen die Seherin wird, die Führerin und Siegerin, die alles mit sich fortreißt. Fritz Hensel als Dauphin wußte das Trottelhafte der Figur glücklich zu treffen, ohne Uebertreibungen nach der Seite des Schwachsinns, ohne Zugeständnisse nach der entgegengesetzten Seite. Dem Dunois wußte Fritz Günzel außerordentlich glückliche Stimmungen abzugewinnen. Alfred Haller als Graf Warwick war ein typischer englischer Diplomat und Feldherr, wie sie Britannien seit einem Jahrtausend erzeugt, kalt und rücksichtslos! Dem Verstand wird jede Gefühlsregung, dem Vaterlande jede Menschlichkeit geopfert. Alfred Durra, Paul Hertl, August Rößler, Just Scheu, Franz Kleebuh, Walter Raupach ließen in den ihnen zugeteilten Figuren nicht nur nichts zu wünschen übrig, sie boten, jeder für sich, besonders hervorragende Leistungen. Auch die Nebenrollen waren glücklich besetzt.

Nach den Einzelbildern war der Beifall lebhaft, am Schluß gab es lebhaftes Herausfordern und Blumen. Intendant Dietrich als Spielleiter mußte mehrfach vor den Vorhang.

Dr. Fr.

Houston Stewart Chamberlain,

Houston Stewart Chamberlain, der große einzigartige Gelehrte und vielseitig begabte Schriftsteller, begeht heute, Mittwoch, seinen 70. Geburtstag. In seinen „Lebenswegen meines Denkens" erzählt er, wie er in seinen Schul- und ersten Jünglingsjahren zwischen Frankreich, der französischen Schweiz und England hin- und herpendelt; dann, wie ihn tiefstgehendes Interesse an der Erforschung von Naturvorgängen erfaßt, und wie er schließlich immer mehr zu Deutschland und den deutschen Wissenschaften hingezogen wird, bis es ihn durch die Erkenntnis unserer großen Gestirne Kant, Goethe, Beethoven und ganz besonders Richard Wagner mit Zaubergewalt nach Deutschland zieht. Schon der Jüngling erfaßte die Größe deutschen Wesens und deutschen Geistes in einer Tiefe, die wir nur durch das Walten einer innersten Wahlverwandtschaft verstehen können, aus der ihm langsam zur unerbittlichen Klarheit wurde, daß nur Deutschland seine wahre Heimat sein könnte.

Wenn wir zu den Werken Chamberlains greifen, sei es zu seinen „Grundlagen des 19. Jahrhunderts" oder zu seinen Büchern über „Kant", „Wagner" oder „Goethe", oder zu seiner persönlichsten religiösen Auseinandersetzung, zu „Mensch und Gott", immer fesselt uns aufs erste die klare, anschauliche Sprache, der formvollendete, klassische Stil. Bei näherem Eingehen sehen wir uns dann einem Wissen und einer Belesenheit gegenübergestellt, die man versucht ist, allumfassend zu bezeichnen. Das Wesentliche bei Chamberlain ist jedoch, daß sich bei ihm dank einer durchaus genialen Persönlichkeit formloses Wissen zur Weisheit und Weltanschauung gestaltet, und überall in seinem Werk wird der Leser den Herzschlag eines von leidenschaftlicher Liebe und Begeisterung für alles Große und wahrhaft Bedeutende beseelten Mannes herausfühlen, der stets bestrebt ist, uns möglichst tief an dem teilnehmen zu lassen, was ihm selbst zum sicheren und beglückenden Untergrund seines Lebens ward. Heute lebt er als stiller Gelehrter in Bayreuth, wo er mit einer Tochter Richard Wagners verheiratet ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250910012/fragment/page=0002